

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil II: Wirtschaft

Christoph Noebel

4.10 Humanes Wirtschaften: Theorie und Praxis

4.10.3 Alternative Wirtschaftskonzepte: Kooperation und Teilen

Obwohl sich unsere Wirtschaftsanalyse weitgehend auf Formen des Marktversagens konzentrierte, vertraten wir den Standpunkt, die soziale Marktwirtschaft stelle das Beste aller schlechten Wirtschaftssysteme dar. Unser Fokus auf die Probleme der freien Marktwirtschaft diente nicht nur dem Verständnis des liberalen Marktsystems und den Forderungen nach effektiven Korrekturmaßnahmen durch staatliches und zivilgesellschaftliches Eingreifen, sondern auch dazu, Debatten über alternative Wirtschaftsmodelle anzustoßen. Diesbezüglich stellten wir in unserer Analyse des Kapitalismus bereits Alternativvariationen vor, die auf unterschiedlichen Eigentumsstrukturen in Unternehmen und einer breiteren *Mitsprache* beteiligter *Stakeholder* beruhen [K4.8]. Wir zeigten auf, dass die freie Marktwirtschaft diverse Unternehmensstrukturen mit flachen Hierarchien und Entscheidungsprozessen zulässt, die sich vom klassischen *Eigentümer-Modell* des Kapitalismus abgrenzen. Im Folgenden möchten wir einen Schritt weiter gehen und uns über die Unternehmensleitung hinaus mit alternativen Konzepten des Wirtschaftens befassen. Gemeinsam zeichnen sich derartige Modelle dadurch aus, dass die beteiligten Wirtschaftsakteure eng in der Zivilgesellschaft verankert sind und sich die Mitbestimmung auf eine deutlich breitere Teilnehmerschaft bezieht. In solchen Wirtschaftsverhältnissen stehen die individuellen Motive des Teilens und der Kooperation im Vordergrund.

Die vorherige Skizze der Wirtschaftsethik schloss mit dem Konzept des Ökonomen Peter Ulrich (2010), das eine breite Dialogbereitschaft und zivilgesellschaftliche Partizipation fordert [K4.10.1]. Dahinter steht die Grundannahme einer engagierten Bürgerschaft, die sich dem Prinzip sozialer Verantwortung, einer aktiven Teilnahme an gesellschaftspolitischen Diskursen und diversen Formen der Kooperation verpflichtet. Derartige Wirtschaftsmodelle basieren in der Regel nicht nur auf der Ablehnung des durch Wettbewerb und Eigentum geprägten Marktsystems, sondern auch auf einer Kritik an Demokratieformen mit unzureichender Bürgerbeteiligung. Obwohl Positionen dieser Art nicht mehrheitsfähig sind, spielen sie in medialen Foren eine überproportionale Rolle. Ein Grund dafür liegt womöglich im verbreiteten Misstrauen in Politik und Wirtschaft. Alternative Wirtschaftsmodelle bieten daher nicht nur Grundlagen für Kritik, Zukunftsvisionen und Szenarien für Veränderung, sie leisten auch einen Beitrag zu Debatten über die Beschaffenheit, Funktionsfähigkeit und Robustheit der gegenwärtigen Markt- und Staatssysteme.

Zwischen den kapitalistisch geprägten Unternehmensformen der freien Marktwirtschaft und den klassischen Ideen sozialistischer Planwirtschaft lassen sich nun kooperative Wirtschaftsformen abseits beider Modelle einordnen. Auf den folgenden Seiten werden wir deshalb alternative Entwicklungen und Konzepte untersuchen, deren Entscheidungsprozesse auf flachen Kommunikationsstrukturen, lokalen Netzwerken und Formen kooperativer Zusammenarbeit beruhen. Das Leitmotiv dieser Wirtschaftsmodelle besagt, dass dem *Gemeinwohl* der Menschen langfristig am besten gedient wird,

wenn sich alle Beteiligten gemeinsamen Zielen und solidarisch dem Wohl der Gesellschaft verschreiben.

Um die Strukturen kooperativer Wirtschaftsformen zu ordnen, verschafft das Diagramm 40 einen Überblick wichtiger Anhaltspunkte. Daraus ist abzulesen, dass analog zu den konventionellen Formen der freien Marktwirtschaft, sich Modelle der Kooperation ebenfalls mit den Gegebenheiten des *privaten und öffentlichen Eigentums* auseinandersetzen müssen. Wenn im Kapitalismus das *private* Eigentum des Kapitalgebers die Entscheidungshoheit prägt, beruhen alternative Modelle meist auf dem Aspekt des *geteilten* Eigentums. In unserer Begriffsklärung des Kapitalismus sind schon einige kollektiv genutzte Eigentumsverhältnisse beschrieben worden, wobei das Konzept *genossenschaftlicher Kooperation* zu den gängigsten Unternehmensformen zählt. Dieses Wirtschaftsmodell orientiert sich zwar an den Marktbedingungen des Wettbewerbs und schließt *privates* Eigentum nicht aus, es beruht jedoch auf der engen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. So mögen Winzer ihre Weinberge als Privateigentum besitzen, ihre Existenz wird jedoch nur durch die gemeinschaftliche Produktion, Vermarktung und einen mitgliederübergreifenden Vertrieb gewährleistet. Darüber hinaus präsentierte die Analyse des Kapitalismus weitere Möglichkeiten unternehmerischer Entscheidungsstrukturen, die als *Stakeholder-Modelle* bezeichnet wurden.

Wirtschaftsmodelle			40
	Kooperation	Wettbewerb	
Privates Wirtschaften	<u>Alternativmodelle</u> Genossenschaften Stakeholder-Modelle Sharing Economy Tauschgeschäfte Regionalisierung	<u>Freies Marktmodell</u> Privatfirmen Privateigentum Kapitalismus Preismechanismus Marktversagen Globalisierung	
Soziales Wirtschaften	<u>Kollektivwirtschaft</u> Gemeingüter Kollektive Selbstverwaltung Gemeinwohl-Ökonomie	<u>Soziale Marktwirtschaft</u> Gemeingüter Staatliche Regulierung Wohlfahrtsstaat Ehrenamt	

Eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit vieler Genossenschaften im Bereich der Güterproduktion ist die geographische Nähe ihrer Mitglieder. Diesbezüglich lässt sich das primär auf die Lokalität ausgerichtete Wirtschaftsmodell der Genossenschaften nicht nur als Alternative zum klassischen Kapitalismus, sondern auch als Gegenposition zur *Globalisierung* bezeichnen. Sollte sich diese ortsgebundene Praxis der Kooperation verbreiten, könnte man von einer Wirtschaftsentwicklung der *Regionalisierung* sprechen. Besonders im Konsum der Nahrungsmittel beobachten wir eine wachsende Nachfrage regionaler und ökologischer Produkte. Der heutige Verbraucher nimmt also immer mehr eine Haltung wahr, die sich den Wettbewerbsregeln der Globalisierung widersetzt.

Die aktive Teilnahme und *Politisierung* des Verbrauchers in der Gestaltung der Lebensmittelproduktion zeigt sich mittlerweile in einer Vielzahl origineller Initiativen. Dazu gehören die selbstorganisierten *Bauernmärkte* und *Food Assemblies* oder die *Food Policy Networks*, die als gemeinnützige Einrichtungen eine Vermittlerrolle für den Handel lokaler Lebensmittel einnehmen. Eine zunehmend wichtige Produktions- und Verteilungsform der Lebensmittel bietet die *Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi)*. Sie entspricht einer Variante der Genossenschaft, in der die Mitglieder gemeinsam als Produzenten, Investoren und Verbraucher auftreten. Das System beruht somit auf einem eigenen Wirtschaftskreislauf, der sich von den gängigen Mustern der Lebensmittelmärkte abgrenzt.

Ein ähnliches Konzept der Kooperation und des Teilens schlägt sich in der Wirtschaftspraxis der *Sharing Economy* nieder, die seit dem steten Wachstum des Internets an Bedeutung gewinnt. Dieses Modell beruht einerseits auf dem kollektiven Nutzen öffentlicher Güter, wie der gemeinsame Gebrauch offen zugänglicher Softwareprogramme. Andererseits handelt es sich um das Teilen privater Güter und äußert sich beispielsweise in einem gemeinsamen Nutzen von Fahrmöglichkeiten durch das *Carsharing* oder Wohngelegenheiten durch *Couchsurfing*. Zu den Konzepten alternativer Wirtschaftspraktiken zählen auch die flexiblen Arbeitsformen der *Coworking-Spaces*, in denen sich insbesondere *Start-Ups* und sogenannte *digitale Nomaden* Büroräumlichkeiten mieten und teilen. Als Finanzierungsquelle für Start-Ups spielt außerdem das *Crowdfunding* eine zunehmend wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um Kredite oder Firmenanteile des *grauen Marktes* [K4.7], die über das Internet und außerhalb der offiziellen Finanzmärkte vergeben werden.

Für die neueren Entwicklungen kooperativer Verhaltensmuster lassen sich im Wesentlichen drei Gründe nennen: Abgesehen von finanziellen Vorteilen herrscht eine wachsende Sensibilisierung unter jüngeren Menschen, dass die zukünftigen Probleme knapper Rohstoffe und des Klimawandels nur durch effizienteres Nutzen existierender Ressourcen zu bewältigen sind. Neben der leitenden Rolle des Staates steigt das Empfinden, Eigenverantwortung zu übernehmen und mit zivilem Engagement Lösungsansätze selber zu entwickeln. Dazu zählt das zunehmende Bewusstsein, ungezügelter Wirtschaftswachstum ließe sich zum Teil mit Bescheidenheit, durch geringeres Einkommen und sparsameren Konsum eingrenzen. Aus diesen Überlegungen ergibt sich nicht nur die Praxis des Teilens, sondern auch die des *Tauschens*. Die Vielzahl internetbasierter Tauschbörsen, aber auch die Dienste sozialer Kaufhäuser, weisen darauf hin, dass sich Menschen immer mehr Gedanken darüber machen, wie die Nachhaltigkeit materieller Güter verlängert und optimiert werden kann.

Der dritte Grund für das Phänomen des Teilens liegt im traditionellen Motiv, das bereits in frühen Wirtschaftsformen eine wichtige Rolle spielte: die *Reziprozität*. Das Teilen bedeutet meist implizit, dass eine Gegenleistung erwartet werden kann. Wenn sich *Vertrauen in Gegenseitigkeit* ursprünglich auf eine überschaubare Gruppe von Menschen bezog, wird dieses Konzept des Teilens in der digitalen Welt der *Sharing Economy* verallgemeinert. Wenn also Person A über die Internetportale des *Couchsurfings* oder *Carsharings* der Person B einen Dienst erweist, wird A in der Regel nicht von B eine Gegenleistung bekommen, sondern gegebenenfalls von Person C, die eventuell ein ähnliches Angebot von B wahrgenommen hat. Die Reziprozität manifestiert sich also heute weniger auf einer direkten Gegenseitigkeit, sondern auf der vielschichtigen Wechselbeziehung mit anonymen Partnern. Eine notwendige Bedingung der anonymen Reziprozität ist das *Vertrauen* in die Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit der jeweiligen Marktteilnehmer.

Nach der Skizze einiger Aspekte der Sharing Economy, wenden wir uns zwei weiteren Ideen zu, die seit geraumer Zeit öffentliche Aufmerksamkeit genießen. Beginnen wir mit dem Konzept, das als *Ökonomie der Gemeingüter* bezeichnet wird. Unter dem Bereich des Marktversagens wurde bereits das Konzept des *Gemeinguts* beschrieben, das auf dem Prinzip der *Nicht-Ausschließbarkeit* beruht [K4.6.8]. Aus ökonomischer Sicht zeichnen sich derartige Güter dadurch aus, dass Personen ausnahmslos über ihren Zugang verfügen und deswegen nicht ausgeschlossen werden können. Eine zweite Bedingung besagt, dass Menschen sich beim Nutzen oder Konsum dieser Güter nicht gegenseitig behindern können. Zu diesen Gütern zählen unter anderem öffentliche Räume wie kommunale Spielplätze, Parks, Wiesen und Wälder. Wie im Vorfeld dargestellt, werden öffentliche Räume mit uneingeschränktem Zugang als *Allmende* oder *Commons* bezeichnet und die daraus zu erwirtschaftenden Güter als *Gemeinressourcen*, *Allmende-* oder *Kollektivgüter*. Unter den Markt Voraussetzungen des freien Wettbewerbs und der Annahme unzureichender Regelwerke lässt sich in diesen Situationen der Konfliktfall aufzeigen, der als *Tragik unverwaltungeter Gemeinressourcen* bezeichnet wird und nach orthodoxer Lehre von staatlicher Seite reguliert werden muss. Die neue *Ökonomie der Gemeingüter* wendet sich von diesem Lösungsansatz ab und verweist im Gegenzug auf Modelle einer nichtstaatlichen *Selbstverwaltung der Allmende* und ihrer Ressourcen. Obwohl der Begriff der Gemeingüter ein breites Spektrum der Anwendung abdeckt, bieten die damit verknüpften Konzepte der Kooperation und Selbstverwaltung alternative Verfahrensmuster zur Rolle des regulierenden Staates in einer sozialen Marktwirtschaft.

Öffentliche Debatten über die Eigenschaften der Allmende haben sich während der letzten Jahre ausgebreitet, aber auch verschoben. Anstatt sich am Problem des Marktversagens auszurichten, konzentriert sie sich vielmehr auf das gesellschaftspolitische Konzept eines kollektiven Wirtschaftens. Federführend für diesen Perspektivwechsel war zunächst die Politologin und Nobelpreisträgerin für Ökonomie, Elinor Ostrom (1990, 2011). Sie entwickelte nicht nur institutionelle Lösungen für das Dilemma der öffentlichen Gemeinressourcen, sondern verwies auch auf Anwendungen kollektiver Verfahrensweisen in anderen Wirtschaftsbereichen. Bevor wir auf aktuelle Debatten über dieses Thema eingehen, ist es notwendig, die Hauptthesen Ostroms zu beschreiben. Ihr Hauptanliegen gilt den *Commons-Institutionen*, also den Formen der Selbstorganisationen und Selbstverwaltung zur Bewirtschaftung der Allmenden und dem gemeinsamen Ressourcenmanagement der daraus zu schöpfenden Güter. Zu diesen zählen Fischgründe, die grasenden Herden auf kollektiv genutzten Wiesen oder das Pflegen von Waldbeständen. Darüber hinaus behandelte Ostrom beispielsweise das kollektive Verwalten gemeinschaftlich genutzter Orte wie die Gemeinschaftsräume eines Mietshauses. Letzteres Beispiel ist von besonderem Interesse, da Ostroms Plädoyer für die institutionelle Form der Selbstverwaltung nicht an die Strukturen des Eigentums gebunden ist. Wenn also die Eigentümergemeinschaft eines privaten Wohnhauses in der Lage ist, ihre Gemeinschaftsräume zu verwalten, warum nicht auch die Bewohner eines Mietshauses, die als Nicht-Eigentümer das Management des Anwesens in die Hand nehmen? Ostroms Studien bieten den Beleg, dass unter gewissen Bedingungen kollektive Formen der Selbstverwaltung ein effektiveres und nachhaltigeres Management öffentlicher Räume und ihrer Bewirtschaftung bedeuten können als die vom staatlichen oder privaten Eigentümer getroffenen Maßnahmen.

Um ein erfolgreiches Commons-Management zu gewährleisten, formulierte Elinor Ostrom acht *Design-Prinzipien*, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Lokal akzeptierte Grenzen sollten zwischen den beteiligten Nutzern und Nichtnutzern sowie zwischen den betroffenen Ressourcen gezogen werden. Der Umgang mit den Gemeinressourcen muss mit den örtlichen Gegebenheiten und der lokalen Kultur vereinbar sein. Alle Entscheidungen sollten gemeinschaftlich getroffen werden. Die lokalen Ent-

scheidungsträger sind selber für die Überwachung und Einhaltung ihrer gemeinsam getroffenen Regeln zuständig. Wiederholte Verstöße gegen die Regeln unterliegen ansteigenden Sanktionen. Zur gemeinsamen Konfliktbewältigung treten automatisch Mechanismen der Schlichtung in Kraft. Das Regime der Selbstverwaltung muss von Seiten des Staates und der jeweiligen Regierung legitimiert werden. Wenn mehrere lokale Managementregime ineinandergreifen, sollte ihr Zusammenspiel auf flachen und nichthierarchischen Strukturen aufgebaut sein.

Mit der Erfüllung der acht Prinzipien ist auf lokaler Ebene nicht nur ein effektives Management der Commons durchführbar, die Idee der Selbstverwaltung birgt auch zwei wesentliche Vorteile. Erstens weist das Konzept gemeinschaftlicher Verwaltung eine höhere Stabilität und weniger Regelverletzungen auf als ein Regime mit extern auferlegten Maßnahmen. Zweitens basiert die Zusammenarbeit lokaler Marktteilnehmer auf der menschlichen Komponente des gegenseitigen *Vertrauens*. Das Wohlbefinden, das sich aus dem Erleben der Solidarität und Zugehörigkeit ergibt, stellt daher zusätzlich zum materiellen Gewinn der Ressourcenverwertung für alle Beteiligte einen eigenen ideellen Wert dar. Trotz dieser Vorteile war sich Elinor Ostrom über die limitierte Anwendbarkeit ihres Konzepts bewusst, da es nur auf lokale Gegebenheiten begrenzt sein kann und somit die Allgemeingültigkeit und Praktikabilität einschränkt. Der zivilgesellschaftliche Ansatz des lokalen Handelns deutet dennoch auf interessante Gestaltungsmöglichkeiten einer alternativen Wirtschaftsentwicklung hin, die sich am Prinzip der Regionalisierung ausrichtet. Neben Stakeholder-Modellen, der Sharing Economy und der Vielzahl kommunaler Zivilprojekte lässt sich Elinor Ostroms Bestätigung der Effektivität kooperativer Selbstverwaltung als eine weitere lokale Wirtschaftsform beschreiben, die sich den wettbewerbsbedingten Kräften der Globalisierung widersetzt. Obwohl sie sich nicht aktiv an Debatten über den Kapitalismus beteiligte, bieten ihre Forschungsergebnisse auch in diesem Kontext kreative Denkanstöße. Schließlich lassen sich ihre Konzepte der Kooperation und Teilhabe nahtlos in unsere Beschreibung alternativer Formen des Kapitalismus einfügen, da sie eng mit der Idee der Stakeholderschaft verbunden sind. Ostroms Beleg der Wirksamkeit partizipatorischer Entscheidungsstrukturen kann daher als Argument herangezogen werden, dass weniger Hierarchie und eine breitere Verteilung der Mitsprache nicht nur aus sozialen Gründen erstrebenswert sind, sondern auch für die Entscheidungspraxis der Großunternehmen und öffentlichen Verwaltung von Vorteil sein können.

Wie in unserer Analyse der Gemeingüter bereits aufgezeigt, wird die in Deutschland geführte Debatte um die Handhabe der Commons und Allmendegüter von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Publizistin Silke Helfrich (2014) dominiert. Obwohl das Konzept der Gemeingüterökonomie auf Elinor Ostroms Forschung zurückzuführen ist, schlägt Helfrich einen erweiterten Perspektivwandel vor. Dieser wandte sich nicht nur von Ostroms pragmatischer Verfahrensweise, sondern auch von der orthodoxen Definition der Gemeingüter ab [K4.6.8]. Während sich Ostrom mit den realen Bedingungen der Selbstverwaltung beschäftigt, entwirft Helfrich daraus ein Gesamtkonzept für alternatives Wirtschaften. Die Forderung Ostroms, mehr gemeinschaftliches Wirtschaften zu wagen, wenn es die lokalen und institutionellen Umstände zulassen, mutiert bei Helfrich zu einem Manifest für ein *neues* Wirtschaftsdenken. Obwohl Ostrom ihr Konzept zwischen „Staat und Markt“ einordnet, lehnt sie beide Eckpositionen nicht grundsätzlich ab. Dies ändert sich in der aktuellen Gemeingüterdebatte, in der Wettbewerb und Marktkräfte prinzipiell verworfen und mit einer allgemeinen Verpflichtung zu Kooperation ersetzt werden. Vertreter der Gemeingüterökonomie zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich eines *Leitbildes* bedienen, das Wirtschaftsakteure ausschließlich mit den sozialen Motiven der Gemeinnützigkeit und Kooperation ausstattet [K4.6.8]. Unser differenziertes Modell des *Homo oeconomicus* macht diesbezüglich keine konkreten Annahmen, son-

dern geht davon aus, dass wie im realen Wirtschaftsleben nicht nur gemeinnütziges und sozial verantwortungsvolles, sondern auch egoistisches Verhalten möglich ist [K4.2]. Die Grundannahmen der Gemeingüterdebatte werfen daher kritische Fragen auf: Lassen sich aktuelle Wirtschaftsprobleme mit dem Erstellen von Leitbildern und Sollzuständen tatsächlich besser bewältigen als mit nüchternen Ursachenanalysen wirtschaftsbezogener Missstände, die sich der realen Probleme des Markt- und Staatsversagens annimmt? Wie zielführend ist es, von Idealzuständen auszugehen, um konkrete Wirtschaftsprobleme zu lösen? Inwieweit ist das Argument vertretbar, die Gemeingüterwirtschaft diene primär immateriellen Werten? Entspricht die Annahme, dass wirtschaftliches Scheitern auszuschließen sei, nicht überoptimistischen Vorstellungen? Da die Beiträge zur Gemeingüterdebatte dem abstrakten Ziel eines generellen Systemwandels zu dienen scheinen, ist zu fragen, wie der entsprechende Weg dorthin auszusehen habe. Genügen ideelle Annahmen und Verallgemeinerungen, um radikalen Gesellschaftswandel voranzutreiben?

Nach der Vorstellung alternativer Wirtschaftsformen im Vergleich zur freien Marktwirtschaft, die auf dem Grundgedanken lokaler Projekte und den Merkmalen der Kooperation, Selbstverwaltung und Güterteilung basieren, widmen wir uns abschließend einem weiteren Modell. Das vom Philologen Christian Felber (2010) entwickelte Konzept der *Gemeinwohl-Ökonomie* beschäftigte für einige Jahre die Feuilletons und sorgte für viel mediale Aufmerksamkeit. Sein Kerngedanke ist mit den Prinzipien der Gemeingüterökonomie vergleichbar, denn auch Felber geht in seinem Entwurf einer alternativen Wirtschaftsform von menschlichen Verhalten aus, das ausschließlich auf Vertrauen, Solidarität, Kooperation, Chancengleichheit und Teilen beruht. Die Prämisse einer *ausnahmslosen Kooperationsbereitschaft* der gesamten Bürgerschaft bedeutet, dass in der Gemeinwohl-Ökonomie die Prinzipien der kapitalistischen Eigentumsstrukturen kaum mehr vorkommen. Die Dominanz privater Eigentumsrechte, das finanzielle Gewinnstreben und der Konkurrenzdruck gehörten folglich der Vergangenheit an. Wir haben bereits auf den Wettbewerb als Impuls für Handlungsbereitschaft und Innovation, aber auch als Ursache für egoistisches Verhalten im Unternehmertum hingewiesen [K4.5.1]. Nun stellt sich die kritische Frage, ob und wie ein Marktwirtschaftsmodell, wie es sich Felber vorstellt, ganz ohne Eigennutz, Gewinn und Wettbewerb funktionieren kann.

Ohne Profitstreben benötigt die alternative Welt der Gemeinwohl-Ökonomie eine neue Bemessung des Erfolgs. Obwohl private Unternehmen bis zu einer ungeklärten Größe weiterhin aktiv sein können, orientiert sich die Zielsetzung im Felber-Modell nicht mehr am finanziellen Gewinn, sondern an einer *Gemeinwohl-Bilanz*. Diese Vorgabe soll sich an den Bedürfnissen der Menschen, der Lebensqualität und ökologischen Nachhaltigkeit ausrichten. Diese Maßeinheit ist zweifellos sinnvoll, ihre Umsetzung hängt jedoch stark vom Handlungsspielraum des einzelnen Unternehmens ab [K4.4.3]. Um privaten Firmen Anreize für soziales Wirtschaften zu verschaffen, schlägt Felber vor, ihnen für positive Gemeinwohl-Bilanzen finanzielle Vorteile zu bieten. Da der Staat in diesem Modell keine wesentliche Rolle zu spielen hat, fragt sich jedoch, wer diese Anreize organisiert und finanziert. Das Modell sieht außerdem vor, den internationalen Handel und die Aktivitäten der Finanzmärkte aufzulösen. Anstatt privater Banken soll eine *Demokratische Bank* gegründet werden, die sich an basisdemokratisch erarbeiteten Konzepten des Gemeinwohls orientiert. Auch hier bleibt das Modell der Frage eine Antwort schuldig, ob ein modernes Wirtschaftssystem und die öffentliche Hand langfristig ohne die Gestaltungsmöglichkeiten der Finanzmärkte auskommen könnten.

Christian Felbers Gesamtkonzept der Gemeinwohl-Ökonomie beruht auf zwanzig Bausteinen, über deren wirtschaftlichen Inhalt und Gestaltung in zivilgesellschaftlichen Diskussionsforen debattiert werden soll. Es ist vorgesehen, dass auf Grund erarbeiteter

Eckpunkte ein Wirtschaftskonvent konkrete Vorschläge vorbereitet. Die vom Konvent beschlossenen Maßnahmen sind dann von den Bürgern auf basisdemokratischer Grundlage zu verabschieden, damit sie in eine Rechtsform oder Verfassung gegossen werden können. Um über Grundsatzfragen in den Bereichen der Bildung, Medien, Daseinsvorsorge und Demokratie abzustimmen, sollen weitere Konvente einberufen werden. Dieser partizipatorische Ansatz bildet das Rückgrat der Gemeinwohl-Ökonomie und ist daher eng mit dem Konzept der *zivilisierten Marktwirtschaft* des Wirtschaftsethikers Peter Ulrich (2008) verwandt [K4.9.1].

Das alternative Wirtschaftsmodell der Gemeinwohl-Ökonomie beruht zunächst auf guten Absichten, da eine konkrete Ausrichtung auf das Gemeinwohl zu befürworten ist. Schließlich beruht auch unsere Analyse der freien Marktwirtschaft auf der Bewertungsgrundlage einer eigens geschaffenen Definition des Gemeinwohls, die sich an den Grundlagen der modernen Glücksforschung und Wohlfahrtsökonomie ausrichtet [K3.9]. Die alternativen Wirtschaftskonzepte von Peter Ulrich, Silke Helfrich und Christian Felber bedienen sich jedoch eines Konzepts des Gemeinwohls, das deutlich von unserem abweicht. Während wir wesentliche Gesellschaftsprinzipien zusammenfügen und auf die politische Problematik der Prioritätensetzung hinweisen, beruhen die alternativen Wirtschaftsmodelle der genannten Autoren ausschließlich auf der Entscheidungsfindung durch zivilgesellschaftliche Partizipation. Darüber hinaus wenden sie sich vom Marktwettbewerb und der Kontrollfunktion des Staates ab. Sie beruhen auf der Annahme des vernunftgeleiteten Bürgers, der gemeinsam mit Gleichgesinnten sämtliche Wirtschaftsfragen selber in die Hand nimmt.

In diesem Sinne lassen sich die drei Wirtschaftsmodelle der zivilisierten Marktwirtschaft sowie der Gemeingüter- und Gemeinwohl-Ökonomie als moderne Auflagen anarchistischer Gesellschaftsmodelle bezeichnen, die im 19. Jahrhundert von Pierre-Joseph Proudhon, Michail Bakunin oder Pjotr Kropotkin propagiert wurden. In Opposition zu Karl Marx und Friedrich Engels lautete ihr links-libertäres Motto, sowohl die Diktatur des Kapitals, als auch eine des Proletariats und des Staates abzulehnen. Sympathisch, wie die anarchistischen Modelle aus theoretischer und menschlicher Sicht sein mögen, sie leiden gemeinsam mit den modernen Varianten unter ideellen Vorstellungen und Realitätsferne. Das Entwickeln von *Utopien* ist nicht unbedingt negativ zu bewerten, da Zukunftsvisionen und Utopien interessante Impulse für das Verständnis existierender Missstände und ihrer Beseitigung verschaffen können. Problematisch wird die Angelegenheit dann, wenn die Gedankenspiele keinem Realitätstest unterworfen und als Dogmen präsentiert werden. Um die Erfolgchancen der auf Kooperation und aktiver Bürgerbeteiligung basierenden Wirtschaftsmodelle einzuordnen, stellen sich zwei wesentliche Fragen: Wie gestaltet sich der Transformationsprozess vom aktuellen Wirtschaftssystem zu den Vorstellungen einer Wirtschaftsordnung, die primär auf zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Selbstverwaltung beruht? Ergeben sich aus diesem Wandel neben den Vorteilen des Teilens und der Kooperation nicht auch negative Konsequenzen und Folgeschäden für das Wohl der Gesellschaft?

In Bezug auf die Frage der Veränderungsprozesse zugunsten alternativer Wirtschaftssysteme ist zunächst festzustellen, dass sich die Verfechter derartiger Konzepte im Detail kaum mit den Vor- und Nachteilen der aktuellen Marktwirtschaft befassen. Begründungen für die Notwendigkeit eines Wandels reduzieren sich in der Regel auf die üblichen Argumente des egoistischen *Homo oeconomicus*, des Kapitalismus und Neoliberalismus, die für Finanzkrisen, soziale Ungerechtigkeit und allgemeines Misstrauen in der Bürgerschaft sorgen. Obwohl Missstände und systemische Mängel der freien Marktwirtschaft nicht abzuleugnen sind, verweigern die Befürworter alternativer Modelle nicht nur eine differenzierte Analyse des Marktversagens, sondern auch entsprechende

Verweise auf das Versagen des Staatswesens. Darüber hinaus beruhen die genannten Alternativmodelle auf der Schlüsselannahme einer menschlichen Disposition zu kooperativem Handeln und ausnahmslos gemeinnützigem Verhalten.

Die Realität gibt das ehrenwerte Motiv allgemeiner Wohltätigkeit jedoch nicht her und wirft somit die Frage auf, wie sich menschliche Beweggründe und entsprechendes Handeln so verändern lassen, dass sie in die Zukunftsvisionen passen. Daher sind die Befürworter partizipatorischer Wirtschaftsmodelle gefordert, Erklärungen abzugeben, wie die entsprechenden Transformationsprozesse zu gestalten seien. Wie lassen sich menschliche Bedürfnisse und Verhaltensformen so verändern, dass der gesellschaftliche Wandel auf realistische Weise vollzogen werden kann? Was bedeutet eine stark ausgeprägte Bürgerbeteiligung für den Einzelnen? Im letzten Teil der Trilogie werden wir auf derartige Fragen im Rahmen einer Untersuchung des zivilgesellschaftlichen Engagements und autonomer Bürgerinitiativen eingehen [K6.4]. Obwohl basisdemokratische Beteiligung der Bürger wünschenswert ist, erfordert sie einen sehr hohen persönlichen Einsatz und unterliegt schon deswegen deutlichen Grenzen des realistisch Machbaren.

Die größte Barriere für radikale Veränderung liegt wohl in der Sorge der Menschen, ihre Existenzsicherheit zu verlieren. Obwohl die Probleme des gegenwärtigen Wirtschaftssystems für Ungerechtigkeiten, Verunsicherung und Entfremdung sorgen, leiden Zukunftsmodelle nicht nur darunter, per definitionem einem spekulativen Wunschdenken zu unterliegen, sondern mit höherer *Ungewissheit* und schwerwiegenderen *Risiken* behaftet zu sein. Es obliegt daher den Befürwortern eines radikalen Systemwandels, die zu erwartende Route des Transformationsprozesses sowie deren potentiellen Vor- und Nachteile zu beschreiben. Es reicht nicht aus, missionarisch vorzugehen und auf aktuelle Probleme hinzuweisen, die sich vermeintlich im neuen Idealzustand automatisch auflösen.

Angenommen, der Veränderungsprozess zu einer radikalen Veränderung des Wirtschaftssystems der Gemeinschaftsgüter, basierend auf den Konzepten der Kooperation und Selbstverwaltung, ließe sich irgendwie bewerkstelligen, dann stellt sich die kritische Frage nach den Konsequenzen für die Gesellschaft. Da wir uns diesbezüglich auf spekulativem Terrain bewegen, ist es unmöglich, konkrete Prognosen zu erstellen. Dennoch kann aus Erfahrungen der Vergangenheit und aus den Gegebenheiten der aktuellen Wirtschaftsform geschlossen werden, dass der Innovationswille, technologische Fortschritt und die Bereitschaft zu Flexibilität nachlassen würde. Das Resultat wäre ein enormer Einschnitt in das gegenwärtige Niveau der Lebensqualität.

In der Untersuchung unterschiedlicher Wirtschaftssysteme befasste sich der Ökonom Giacomo Corneo (2014) mit alternativen Modellen und wertete unter anderem die Vorschläge des Anarchisten Pjotr Kropotkin aus. Dessen Wirtschaftskonzept der Gemeinschaftsgüter unterscheidet sich nicht wesentlich von den neueren Variationen der Kooperation und zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Corneos Fazit lautet, dass auch wenn sich auf menschlicher Ebene die Kooperationsbereitschaft bewähren sollte, die Einführung alternativer Wirtschaftsmodelle mit Ausrichtung auf Gemeinschaftseigentum und Selbstverwaltung von einem starken Rückgang des Wohlstands begleitet würde. Kollektive Wirtschaftssysteme wären nicht in der Lage, eine effektive Güterverteilung zu garantieren. Zu Zeiten Kropotkins im 19. Jahrhundert bot seine Vision des Gemeingütermodells bereits keine überzeugende Alternative für die breite Bevölkerung. Hinsichtlich des heutigen Wohlstands in der westlichen Welt, der trotz Ungleichheiten dennoch die materielle Existenz, Gesundheit und Freiheiten weitgehend zu gewährleisten vermag, würde ein radikaler Systemwandel womöglich schwerwiegende Einschnitte in der sozialen Absicherung bedeuten. Außerdem ist nicht auszuschließen, dass eine deutliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse das kollektive Gemeinschaftsgefühl beschädigt und zu

Widerstand oder gar sozialen Unruhen führt. Um derart pessimistische Szenarien zu widerlegen, sind die Vertreter radikaler Veränderung des Wirtschaftssystems gefordert, mit vernünftigen Argumenten das Gegenteil zu beweisen.

Die Tatsache, dass die Umsetzung ideeller Gesellschaftsmodelle entweder an ihren Konzepten scheitert oder einen langen Zeithorizont benötigt, wirft abschließend wichtige Fragen auf: In welchem Maße bietet soziales Engagement für eine gerechtere und friedlichere Welt zugunsten des Gemeinwohls eine Grundlage für konkrete Zukunftsmodelle? Bedarf es eines *radikalen Systemwandels* oder genügen *evolutionäre Prozesse*, um Veränderungen voranzutreiben? Stellt die Erwartungshaltung einer ideologisch geprägten Gesamtlösung für die Gesellschaft nicht womöglich ein Hindernis dar, wenn das Ziel utopisch erscheint oder in allzu weiter Ferne liegt? Wäre es daher nicht sinnvoll, sich einzelnen Zukunftsproblemen und ihrer Lösungen zu widmen, die sofort zum persönlichen Mitmachen einladen? Der Gedanke eines schrittweisen Wandels, den die Bevölkerung längerfristig mitträgt, bietet einen Veränderungsansatz, der wahrscheinlich mehr Chancen des Erfolgs verspricht. Diesbezüglich bieten die integrativen Konzepte des *Eigenwohls* und *Firmenwohls* sowie die Berücksichtigung wirtschaftsethischer Perspektiven nicht nur realitätsnahe Erklärungsansätze für Wirtschaftsverhalten, sondern auch notwendige Bedingungen für die Gestaltung einer menschenwürdigeren Ökonomie. Darüber hinaus bot die Definition des Kapitalismus mit der entsprechenden Skizze alternativer Unternehmensformen Hinweise, dass Veränderungsprozesse auf vereinzelter und lokaler Basis möglich sind und bereits stattfinden.

Giacomo Corneos Analyse diverser Wirtschaftsmodelle kommt zum Ergebnis, dass die Verbindung der liberalen Marktwirtschaft mit einem Wohlfahrtsstaat, die sich im Begriff der *sozialen Marktwirtschaft* niederschlägt, das Beste aller fehlerhaften Systeme darstellt. Wie im Kontext des *Marktversagens* argumentiert, entspricht dieses Urteil dem Tenor unserer vorgelegten Wirtschaftsanalyse. Der Verweis auf die Umverteilungspolitik und Marktregulierung des Sozialstaats als zentralen Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist für den weiteren Verlauf der Studie von Bedeutung. Denn er wirft nicht nur Fragen der Zuständigkeiten des Staates auf, sondern auch ob das entsprechende Verhalten der Akteure in Politik und öffentlicher Verwaltung sowohl ihrer Aufgabenstellung als auch ihrer gesellschaftlichen Vorbildrolle hinreichend gerecht wird. Vergleichbar mit der Einordnung und Bewertung des freien Marktsystems stellt sich die Frage, wie effektiv und gerecht funktioniert der moderne Staat. Welchen persönlichen Motiven unterliegen öffentliche Amtsträger? Unter welchen Umständen lassen sich Fälle des *Staatsversagens* benennen? Im dritten Band der Trilogie werden derartige Aspekte aufgegriffen und erörtert. Demzufolge richten wir uns an der vorhergegangenen Wirtschaftsanalyse aus und bedienen uns der ethisch geprägten Kriterien der sozialen Verantwortung und des Vertrauens als Bewertungsgrundlage.

Nicht nur in Analysen der sozialen Marktwirtschaft und alternativer Wirtschaftsmodelle, sondern auch im politischen System freier Gesellschaften nimmt der Bürger eine zentrale Funktion als Entscheidungsträger ein. Daher wird in der folgenden Untersuchung des demokratischen Staatssystems die soziale Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements speziell hervorgehoben. Da aktive Bürgerbeteiligung und Formen außerparlamentarischer Politikgestaltung notwendige Bedingungen für eine lebendige Demokratie und eine menschenwürdige Wirtschaft darstellen, erscheint es für unsere Gesellschaftsanalyse erforderlich, sich mit entsprechenden Aspekten der Zivilgesellschaft genauer zu befassen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Konzepte der sozialen Verantwortung und des Vertrauens eine entscheidende Rolle. Angelehnt an die kritischen Analysen der sozialen Marktwirtschaft und des Staatswesens werden wir daher auf ähnliche Weise eine Untersuchung zivilgesellschaftlichen Engagements vornehmen.

Folglich gilt auch in diesem Kontext, nicht nur auf die Motive und das Verhalten sozial engagierter Bürger einzugehen, sondern auch auf die jeweiligen Umstände und Einschränkungen ihrer Handlungsspielräume.

Literatur

Corneo, Giacomo (2014): „Bessere Welt – Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme“, Goldegg Verlag, 2014

Felber, Christian (2010): „Gemeinwohl-Ökonomie“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, 2010; Neuauflage: Piper Taschenbuch, 2018

Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung, Hrsg.: „Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat“, transcript, 2014

Ostrom, Elinor (1990): „Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action“, Cambridge University Press, 1990; deutsche Ausgabe: „Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt“, Mohr Siebeck, 1999

Ostrom, Elinor (2011): „Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter“, oekom verlag, 2011

Ulrich, Peter (2010): „Zivilisierte Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Orientierung“, Haupt Verlag, 2010